LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

22.06.2022
Drucksache 8/1336

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT
–

Fraktion AfD

Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1288**

Der Landtag wolle beschließen:

Energie-Embargo stoppen - Industrie und Verbraucher vor Preisexplosion schützen

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für die Interessenwahrung der ostdeutschen Industrie und Verbraucher einzusetzen.

2. auf Bundesebene der Implementierung des Embargos für russisches Öl bzw. dem potenziellen Beschluss eines Gas-Embargos entschieden entgegenzutreten.

3. sich auf Bundesebene für gezielte Entlastungsmaßnahmen zur Unterstützung von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen einzusetzen.

Begründung

Im Zuge der weitreichenden Sanktionspolitik westlicher Staaten gegen Russland hat die Inflation in Deutschland mit 7,9 Prozent[1] den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Produzentenpreise haben sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 33,6 Prozent erhöht, zahlreiche Industriezweige sind angesichts der Entwicklung alarmiert.[2] Ein Ende

[1] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/inflation-deutschland-mai-101.html
[2] https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/rekordtempo-erzeugerpreise-in-deutschland-steigen-weiter,T9Hgsxs

der Preisspirale ist derweil nicht in Sicht, sondern eine weitere Zuspitzung der Lage zu befürchten. Mit der geplanten Umsetzung eines Öl-Embargos und der generell zunehmenden Substituierung russischer Energieträger durch teure Alternativen sind weitere Preissprünge unvermeidbar.

Die Sanktionen schaden vor allem der einheimischen Wirtschaft, besonders stark hiervon betroffen ist Ostdeutschland. Währenddessen meldet Russland aufgrund der weltweit explodierenden Energiepreise prognostizierte Mehreinnahmen von 13,7 Milliarden Euro durch Öl- und Gasexporte.[3] In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die derzeitige Sanktionspolitik insbesondere auf dem Rücken der einheimischen Industrie und Verbraucher ausgetragen wird. Aus Sicht der AfD-Fraktion muss die unverantwortliche Sanktionspolitik daher umgehend gestoppt werden. Einer Realisierung des Öl-Embargos muss auf Bundesebene eindeutig widersprochen werden. Auch jedwede Diskussion über ein Gas-Embargo ist kontraproduktiv und provoziert weitere Preisanstiege.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender

[3] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/russland-mehreinnahmen-oel-gas-101.html